Sichtbar, stark und beteiligt - Gleichstellung von Frauen in der Landwirtschaft sicherstellen

Drucksache **21/4470** · eingebracht 2026-03-03 — Antragsteller: **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Gleichstellung | Landwirtschaft | Care-Arbeit | Ländlicher Raum | Gesundheit

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert eine umfassende Gleichstellungspolitik für Frauen in der Landwirtschaft — von rechtlicher Absicherung und finanzieller Unabhängigkeit bis hin zu sichtbarer Repräsentanz, sensibler Bildung und internationaler Solidarität.

KERNFORDERUNGEN

- Förderung von Frauen als Betriebsleiterinnen und Existenzgründerinnen
- Schließung sozialrechtlicher Lücken (Alter, Trennung, Mutterschutz)
- Gendermainstreaming in GAP und EU-Außenfinanzierung
- Geschlechterparität in Gremien und Verbesserung der Datengrundlage

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag adressiert systematisch alle fünf GWÖ-Werte: Menschenwürde (A3, D1, E1) durch Anerkennung weiblicher Arbeit und Absicherung von Rechten; Solidarität (D2, D4) durch Förderung gemeinschaftlicher Verantwortung für Care-Arbeit und ländliche Lebensqualität; Ökologische Nachhaltigkeit (D3, E3) indirekt über Resilienz starker Agrarsysteme; Soziale Gerechtigkeit (D4, B2, C3) durch faire Löhne, Alterssicherung, Zugang zu Fördermitteln; Transparenz & Mitbestimmung (D5, C5) durch geschlechterparitätische Gremien und Datenoffenlegung. Kein Feld widerspricht GWÖ — höchste Treue.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Systematische Adressierung aller 5 GWÖ-Werte
- Starke Verankerung in internationalen SDGs und VN-Jahr 2026
- Konkrete, umsetzbare Maßnahmen mit klaren Zuständigkeiten
- Intersektionale Perspektive (Care-Arbeit, Alter, Trennung, Migration)

Schwächen

- Keine explizite Verbindung zu ökologischer Transformation (z. B. Frauen als Treiberinnen agroökologischer Praxis)

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	++	·	·
B · FINANZEN	·	++	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	++	·	·
D · BÜRGER:INNEN	++	++	+	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	++	·	·	·	·

++ stark fördernd · + fördernd · ○ neutral · - widersprechend · -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

B2 **Soziale öffentliche Leistung** Bewertung: +5

Finanzielle Unabhängigkeit, Absicherung im Alter/Trennung

C3 **Politische Führung & Verwaltung** Bewertung: +5

Geschlechterparitätische Besetzung von Kommissionen/Gremien

D1 **Menschenwürde** Bewertung: +5

Anerkennung unsichtbarer Arbeit, Schutz vor Altersarmut, Mutterschutz

D4 **Soziale Gerechtigkeit** Bewertung: +5

Fairer Zugang zu Fördermitteln, Ausbildung, Infrastruktur, Daseinsvorsorge

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 4/10

CDU betont traditionelle Familienstrukturen und patrilineare Hofübernahme (Q17), lehnt 'Gender-Ideologie' ab (Q18). Der Antrag fordert explizit die Überwindung patrilinearer Vererbung und Sensibilisierung gegenüber Geschlechterrollen — ein klarer Widerspruch zu CDU-Kernpositionen. Zwar wird moderne Pflanzenzüchtung unterstützt (Q14), aber nicht die strukturelle Gleichstellungspolitik.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 3/10

CDU Grundsatzprogramm 2024 verweist auf 'christlich-demokratisches Menschenbild', aber nicht auf Gleichstellung als zentrales Staatsziel. Es erwähnt 'mehr Gleichstellung und Vielfalt' (Q18), jedoch ohne konkrete Maßnahmen zur Entlastung von Care-Arbeit oder Absicherung von Familienarbeitskräften — Kernforderungen des Antrags.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CSU

WAHLPROGRAMM 4/10

CSU Wahlprogramm 2025 ist identisch mit CDU (Q21–Q25) — gleiche Akzente auf Entlastung der Landwirte, technologieoffener Klimaschutz, aber keine Gleichstellungspolitik. Forderung nach 'geschlechterparitätischen Gremien' und 'Sensibilisierung gegenüber Geschlechterrollen' widerspricht CSU-Positionen zur Familie und Tradition.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 3/10

Keine CSU-Grundsatzprogramm-Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 0/10

Vollständiger Widerspruch: AfD lehnt 'Gender-Ideologie' ab, setzt auf traditionelles Familienbild (Q36), befürwortet keine Quoten oder geschlechterparitätische Gremien. Der Antrag fordert explizit Sensibilisierung gegenüber Geschlechterrollen und fördert feministische Strukturen — unvereinbar mit AfD-Programm.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine AfD-Grundsatzprogramm-Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag deckt sich nahtlos mit SPD-Kernforderungen: 'Frauen vor Altersarmut schützen' (Q26), 'Gleichstellung, frei von Diskriminierung' (Q28), 'pflegende Angehörige besser unterstützen' (Q26), 'Landwirtinnen durch Agrarförderung Rückendeckung geben' (Q29). Auch die Forderung nach 'fairer Absicherung für alle Lebensphasen' entspricht exakt Q26.

> „Frauen sollen besser vor Altersarmut geschützt werden. Wir stärken die Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rente und schaffen eine faire Absicherung für alle Lebensphasen."
> SPD Regierungsprogramm Bundestagswahl 2025, S. 48

PARTEIPROGRAMM 8/10

Hamburger Programm (2007) betont 'Gleichstellung der Geschlechter' (Q32), 'gleiche Rechte und Chancen' (Q32), 'Vereinbarkeit von Beruf und Familie' (Q31) und 'soziale Absicherung' (Q33). Der Antrag konkretisiert diese Prinzipien für die Landwirtschaft — hohe Übereinstimmung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 10/10

Der Antrag ist wörtlich aus dem Grünen Regierungsprogramm 2025 abgeleitet: 'Für Frauenrechte' (Q2), 'Care-Arbeit verbessern' (Q3), 'Hebammenversorgung' (Q5), 'zukunftsfeste Landwirtschaft mit Bäuer*innen' (Q1, Q6). Alle Kernforderungen finden sich dort wieder — vollständige Deckung.

> „Für Frauenrechte Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht allen Menschen, unabhängig vom Geschlecht, ein selbstbestimmtes Leben. Feminismus, der alle in den Blick nimmt, also intersektional ist, und der Einsatz für Frauenrechte sind dafür essenziell."
> Grüne Regierungsprogramm Bundestagswahl 2025, S. 118

PARTEIPROGRAMM 10/10

Grundsatzprogramm 2020 nennt 'Geschlechtergerechtigkeit' als zentrales Ziel (Q7), 'gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit' (Q7), 'besondere Absicherung und Entlastung durch den Staat' für Alleinerziehende (Q7), 'Veränderung der Arbeitswelt gerecht gestalten' (Q8). Der Antrag operationalisiert dies präzise für die Landwirtschaft — vollständige Übereinstimmung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine LINKE-Wahlprogramm-Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine LINKE-Grundsatzprogramm-Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BSW

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine BSW-Wahlprogramm-Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine BSW-Grundsatzprogramm-Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM 2/10

FDP setzt auf 'individuelle Freiheit', 'Eigenverantwortung' und 'Marktwirtschaft' (Q37–Q40). Der Antrag fordert staatliche Interventionen wie Quoten, geschlechtsspezifische Förderung, gesetzliche Absicherung von Familienarbeitskräften — alles widerspricht FDP-Prinzipien. Einzig 'Digitalisierung' (Q39) ist neutral berührt.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 2/10

FDP Grundsatzprogramm 2012 betont 'Freiheit', 'Verantwortung', 'Chancengerechtigkeit' — aber nicht strukturelle Gleichstellungspolitik. Der Antrag geht weit über 'Chancengerechtigkeit' hinaus und fordert aktive Umverteilung und Regelung — fundamentaler Widerspruch.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: darauf hinzuwirken, dass Gleichstellung und Diversität in der landwirtschaftlichen Ausbildung und dem Studium stärker verankert werden

darauf hinzuwirken, dass Gleichstellung und Diversität in der landwirtschaftlichen Ausbildung und dem Studium verbindlich verankert werden, inklusive Genderkompetenz in Lehrplänen und Quoten für Dozentinnen

Begründung: Stärkt GWÖ-Feld D4 (Soziale Gerechtigkeit) durch verbindliche Umsetzung und erhöht die Treue zum Grünen Grundsatzprogramm (Q7, Q8)

Vorschlag 2 von 3

Original: für bestehende Vorstellungen von Geschlechterrollen in der Landwirtschaft sowie die Benachteiligung von Frauen zu sensibilisieren

für bestehende Vorstellungen von Geschlechterrollen in der Landwirtschaft sowie die Benachteiligung von Frauen zu sensibilisieren, insbesondere durch verpflichtende Fortbildungen für Beratungsstellen, Verbände und Aufsichtsgremien

Begründung: Erhöht Treue zu GWÖ-Feld C3 (politische Führung) und macht Sensibilisierung wirksam — statt bloßer Appelle

Vorschlag 3 von 3

Original: die Datengrundlage zu verbessern um die Leistung von Frauen in der Landwirtschaft besser sichtbar machen zu können

die Datengrundlage zu verbessern, indem das Statistische Bundesamt verpflichtet wird, geschlechtsspezifische Betriebsdaten regelmäßig und standardisiert zu erheben, um die Leistung von Frauen in der Landwirtschaft besser sichtbar machen zu können

Begründung: Stärkt GWÖ-Feld D5 (Transparenz & Mitbestimmung) durch institutionelle Verankerung — vermeidet Willkür bei Datenerhebung

Original-Antrag

Drucksache 21/4470

Sichtbar, stark und beteiligt - Gleichstellung von Frauen in der Landwir·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Deutscher Bundestag **Drucksache 21/4470**

21. Wahlperiode 03.03.2026

Antrag

der Abgeordneten Dr. Ophelia Nick, Dr. Zoe Mayer, Niklas Wagener, Karl Bär, Dr. Julia Verlinden, Ulle Schauws, Schahina Gambir, Lisa Paus, Leon Eckert, Julian Joswig, Sylvia Rietenberg, Claudia Roth, Dr. Sebastian Schäfer, Stefan Schmidt, Julia Schneider und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sichtbar, stark und beteiligt – Gleichstellung von Frauen in der Landwirtschaft sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Viel zu häufig ist die Arbeit von Frauen in der Landwirtschaft unsichtbar. Dabei übernehmen sie einen wesentlichen Teil der Arbeit in der Landwirtschaft und damit für die Ernährungsversorgung weltweit. Weltweit wird knapp 40 Prozent der Arbeit in der Land- und Ernährungswirtschaft von Frauen geleistet.[1]

In Deutschland sind gut ein Drittel der in der Landwirtschaft tätigen Personen Frauen. Zumeist sind sie als Familienarbeitskräfte tätig, etwas mehr als die Hälfte von ihnen sind Angestellte, inklusive Saisonarbeitskräfte.[2] Frauen übernehmen vielfältige Aufgaben in den Betrieben, von der Arbeit auf dem Feld, über die Tierhaltung, bei der Vermarktung der Erzeugnisse, in der Buchhaltung oder als Leiterin weiterer einkommenswirksamer Betriebszweige. Häufig sind sie wesentliche Treiberinnen für Innovation, Modernisierung oder Diversifizierung der Betriebe. Neben der betrieblichen Arbeit übernehmen sie zusätzlich auch die Care-Arbeit Zuhause und auf dem Hof fast vollständig allein.[3] Frauen sind außerdem zentrale Akteurinnen in den ländlichen Räumen: Sie sind oft stark in das gesellschaftliche Leben integriert (z. B. Ehrenamt, Elternabende, Austausch im Ort) und fungieren als Vermittlerinnen zwischen landwirtschaftlicher und nicht-landwirtschaftlicher Bevölkerung.

Trotzdem werden Frauen in der Landwirtschaft weltweit und so auch in Deutschland benachteiligt. Die Studie zur Lebens- und Arbeitssituation von Frauen in der Landwirtschaft in Deutschland hat u. a. diese Benachteiligung deutlich gemacht: Neun von zehn landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland werden weiterhin von Männern

---

1 https://openknowledge.fao.org/server/api/core/bitstreams/e7689bf7-00f0-465b-ad03-e0c56ffb14b1/content

2 Der Frauenanteil unter den Saisonarbeitskräften liegt mit etwa 44 Prozent über dem Durchschnitt. siehe www.situationsbericht.de/3/35-arbeitskraefte-und-auszubildende.

3 Pieper, Niens, Bolten et al. (2023). Die Die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland – soziologische Befunde. https://publications.goettingen-research-online.de/bitstream/2/121846/1/GAUG%20Forschungsbericht_Die%20Lebens-%20und%20Arbeitssituation%20von%20Frauen%20auf%20landwirtschaftlichen%20Betrieben%20in%20Deutschland.pdf

geführt.[4] Damit gehört Deutschland zu den Schlusslichtern in Europa.[5] Überholte Geschlechtervorstellungen, veraltetes Wissen und eine patrilineare Vererbungspraxis führen in Deutschland heute noch dazu, dass Höfe eher an Söhne übergeben werden und Töchter nur sehr selten Betriebe oder Betriebsleitungen erben. Der Zugang zu Land und Kapital wird für Frauen so begrenzt und Existenzgründungen erschwert. Weltweit sind weniger als 15 Prozent der Landbesitzenden Frauen.[6] Dazu ist die soziale Absicherung vieler Frauen in der Landwirtschaft unzureichend. Als Familienarbeitskräfte arbeiten sie oft ohne Vertrag oder festes Gehalt. Für das Alter, im Falle von Trennung oder Tod der betriebsinhabenden (Ehe-)Partner*in sind sie dann nicht abgesichert. Die unzureichende Absicherung rund um Schwangerschaft und Mutterschutz stellt besonders selbstständige Betriebsleiterinnen vor große Herausforderungen. Frauen profitieren auch weniger von der Förderung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), wenn Direktzahlungen an die Betriebsgröße geknüpft sind.[7] Die Mehrfachbelastung durch den Einsatz für Betrieb, Familie und Gemeinschaft kann zu hoher Belastung und gesundheitlichen Risiken führen.

Um die zentrale Rolle von Frauen in der Landwirtschaft und für die Ernährungssicherheit sichtbar zu machen sowie ihre Benachteiligung in den Fokus zu rücken, haben die Vereinten Nationen (VN) das Jahr 2026 zum Internationalen Jahr der Frauen in der Landwirtschaft erklärt.[8] Ziel ist es, die politische Aufmerksamkeit zu erhöhen, um die strukturelle Benachteiligung abzubauen. Die Teilhabe von Frauen an Ressourcen, Wissen und Entscheidungsprozessen stärkt die Resilienz lokaler Agrar- und Ernährungssysteme und ist damit Voraussetzung für globale Ernährungssouveränität.[9]

Die aktuelle Bundesregierung bleibt bei der Gleichstellungspolitik bisher ambitionslos. Obwohl sie in ihrem Koalitionsvertrag die gleichberechtigte Repräsentation und Teilhabe von Frauen u. a. in Wirtschaft und Politik als Ziel erklärt, für gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit sorgen und Care-Arbeit fairer verteilen will, bleibt sie konkrete Maßnahmen schuldig. Speziell Frauen in der Landwirtschaft bietet Schwarz-Rot nicht mehr an als die Ergebnisse der Studie „Frauen im ländlichen Raum“ bei der Agrarsozialpolitik zu „berücksichtigen“[10]. Damit wird die Bundesregierung den Anforderungen einer zukunftsfähigen Land- und Lebensmittelwirtschaft nicht gerecht.

Die Gleichstellung von Frauen ist ein universelles Recht. Können Frauen ihre Kompetenzen und Fähigkeiten nicht vollumfänglich einbringen, geht uns nicht nur wirtschaftliches Potential verloren, sondern auch innovative Ideen und vielfältige Perspektiven, die wir für eine zukunftsfähige Landwirtschaft, unsere Ernährungssicherheit und lebendige ländliche Räume brauchen. Gerade in Zeiten, in der die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit bedroht sind, ist ihre Förderung und die Sicherstellung ihrer gleichberechtigten Teilhabe in unserer Gesellschaft eine essenzielle Aufgabe. Die Bundesregierung trägt die Verantwortung dafür. Nicht nur im Internationalen Jahr der Landwirtin, sondern auch darüber hinaus.

---

4 Pieper, Niens, Bolten et al. (2023).

5 Dabei bestehen deutliche regionale Unterschiede. Am höchsten ist der Anteil von Frauen in der Betriebsleitung in Brandenburg (20 Prozent), am geringsten ist der Anteil in Bayern (< 10 Prozent). siehe www.situationsbericht.de/3/35-arbeitskraefte-und-auszubildende

6 www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/574394/frauen-in-der-landwirtschaft/

7 www.thuenen.de/de/themenfelder/laendliche-raeume/frauen-in-laendlichen-raeumen/beitrag-der-gemeinsamen-agrarpolitik-zur-gleichstellung-von-frauen-und-maennern

8 www.fao.org/woman-farmer-2026/home/en

9 Der Gleichstellungsauftrag ergibt sich deshalb auch aus den Nachhaltigen Entwicklungszielen der VN (SDG Nr. 5), der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sowie den Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL).

10 www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf, S. 39.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Landwirtschaft zu einer Handlungsmaxime ihrer Agrarpolitik zu machen, die Gleichstellung der Frauen aktiv zu fördern und dazu insbesondere
   a) gezielt Frauen als Betriebsleiterinnen, Hofnachfolgerinnen, Existenzgründerinnen und Leitungspersonen zu fördern und dazu rechtliche Beratung, bestehende Informations-, Weiterbildungs-, Coaching- oder Netzwerkangebote sowie Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für Frauen zu verstetigen und auszubauen;
   b) gemeinsam mit den Ländern, den Versicherungsträgern und landwirtschaftlichen Verbänden tragfähige Lösungen zu erarbeiten, um Lücken in der Beschäftigung, der Versorgung oder Inanspruchnahme bestehender Angebote zu identifizieren und zu schließen, sowie Maßnahmen zu ergreifen, um die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen zu stärken, insbesondere mit Blick auf die Absicherung im Alter, in Fällen von Trennung und Scheidung, bei Beschäftigungsmodellen in Voll- und Teilzeit sowie rund um Schwangerschaft und Mutterschutz;
   c) darauf hinzuwirken, dass Gleichstellung und Diversität in der landwirtschaftlichen Ausbildung und dem Studium stärker verankert werden, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen speziell für Frauen zu stärken und mit spezifischen Inhalten und Schlüsselqualifikationen Frauen für Hofübernahmen, Betriebsleitungen oder Existenzgründungen zu qualifizieren;
   d) die Arbeit von Frauen in der Landwirtschaft stärker sichtbar zu machen und Frauen als Betriebsleiterinnen und in anderen Führungspositionen stärker zu repräsentieren;
   e) für bestehende Vorstellungen von Geschlechterrollen in der Landwirtschaft sowie die Benachteiligung von Frauen zu sensibilisieren und dabei gezielt auch Jungen und Männer zu adressieren;
2. gute Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft sicherzustellen und dazu mit den geeigneten politischen Rahmenbedingungen insbesondere dafür zu sorgen, dass Landwirt*innen faire Erzeugerpreise erwirtschaften können, und dass für Familienarbeitskräfte und die wachsende Zahl familienfremder Festangestellter sowie Saisonarbeitskräfte faire Löhne, umfassender Arbeits- und Sozialversicherungsschutz sichergestellt sind;
3. bei den Verhandlungen zum europäischen Haushalt 2028–2034 und der Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027 dafür zu sorgen, dass
   a) Gendermainstreaming in der Planung und Ausgestaltung der Förderung angemessen umgesetzt wird und die Mittel verbindlich stärker zur Gleichstellung von Frauen eingesetzt werden;
   b) strukturelle Benachteiligungen von Frauen bei der Förderung abgebaut und Förderungsvoraussetzungen so gestaltet werden, dass sie den betrieblichen, biografischen und praktischen Realitäten von Frauen in der Landwirtschaft Rechnung tragen, etwa in dem nach spanischen Vorbild Prämienzahlungen für weibliche Betriebsführungen erhöht werden[11], oder Junglandwirte- bzw. Existenzgründerprämien für Frauen aufgrund späterer Hofübernahme oder Gründung bis zu einem höheren Alter gezahlt werden;
   c) ein fester Mittelansatz für die Entwicklung der ländlichen Räume (insbesondere für LEADER) sichergestellt wird, mit dem Ziel, die Lebensbedingungen in den ländlichen Räumen zu verbessern; Frauen und ihre Bedarfe in

[11] https://eu-cap-network.ec.europa.eu/news/advancing-gender-equality-through-cap-lessons-spain_de

den Förderangeboten der ländlichen Entwicklung stärker einbezogen und berücksichtigt werden und sie einen gleichberechtigten Zugang zu diesen Fördermitteln haben;

d) die weltweite Förderung von Frauen in der Landwirtschaft und ihre gleichberechtigte Teilhabe auch im EU-Außenfinanzierungsinstrument „Global Europe“ systematisch berücksichtigt werden;

4. die Beteiligung und Mitsprache von Frauen zu fördern und dazu Kommissionen und öffentlichen Gremien im Verantwortungsbereich des Bundes geschlechterparitätisch zu besetzen und eine offene Beteiligungs- und Teilhabekultur zu fördern;
5. die Datengrundlage zu verbessern um die Leistung von Frauen in der Landwirtschaft besser sichtbar machen zu können, und dazu
   a) geeignete Erhebungs- und Auswertungsmethoden zu erarbeiten, um Datenlücken zu schließen und gleichzeitig zusätzlichen Bürokratieaufwand und zusätzliche Bürokratiekosten zu vermeiden;
   b) sicherzustellen, dass der Bürokratieabbau nicht zulasten von geschlechtsspezifischen Daten geht, die diese Leistungen sichtbar machen;
6. Angebote der Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Begegnungsorte in ländlichen Räumen zu stärken sowie die Belange von Frauen und Familien in der Regional- und Raumplanung stärker zu berücksichtigen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl für Frauen in der Landwirtschaft als auch in außerlandwirtschaftlichen Berufen in den ländlichen Räumen zu verbessern, und die Attraktivität der ländlichen Räume insbesondere auch für junge Menschen sicherzustellen;
7. die Gleichstellung von Frauen in der Landwirtschaft weltweit aktiv zu fördern und auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit den gleichberechtigten Zugang von Frauen zu Land zu stärken, ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen auszubauen sowie ihre Rolle als zentrale Akteurinnen für globale Ernährungssouveränität sichtbar zu machen, systematisch zu stärken und verlässlich zu finanzieren.

Berlin, den 3. März 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333